

28. Januar 2020

Länderbericht

Länderbüro Peru



Zersplitterung, Apathie, Protest.

Bei den außerordentlichen Parlamentswahlen in Peru treibt die Politikmüdigkeit im Volk merkwürdige Blüten

Sebastian Grundberger

Peru hat gewählt. Nach einem wenig aufreibenden Wahlkampf sind es vor allem drei Elemente, die das Wahlergebnis charakterisieren: ein hoher Anteil an Enthaltungen und Protestwählern, eine starke Zersplitterung des Parteienspektrums und eine fulminante Abstrafung der national-populistischen Partei „Fuerza Popular“ und ihrer Alliierten. Absurder Höhepunkt ist die Wahl des politischen Ablegers einer Sekte auf den zweiten Platz.

Am 26. Januar waren fast 25 Millionen Peruaner zu den Urnen gerufen, um die insgesamt 130 Parlamentssitze des im September 2019 aufgelösten Kongresses für eine stark verkürzte Amtsperiode zu bestimmen. Im Gegensatz zum aufgelösten Kongress gelang es dabei keiner Partei, auch nur ansatzweise in die Nähe der

absoluten Mehrheit von 66 der 130 Parlamentssitze zu kommen.

Bei allgemeiner Wahlpflicht entfiel auf ungültige Stimmen und Enthaltungen insgesamt ein Anteil von 38 Prozent. Dieser Wert liegt deutlich über den sonst üblichen 20-25 Prozent.

Dem neu gewählten Übergangskongress werden insgesamt zehn politische Gruppierungen angehören. Nur eine davon kam knapp über die Zehn-Prozent-Marke. Während drei Fraktionen als politischer Ausdruck der Protestwähler gelten können, gehören vier der erweiterten politischen Mitte an. Zwei sind links zu verorten, eine rechts. Nach offiziellen Zahlen¹ stellen sich die Ergebnisse wie folgt dar.

Partei	Gültige Stimmen	Mandate ²
Acción Popular (AP)	10,1	24
Frente Popular Agrícola del Perú (FREPA)	8,8	16
Podemos Perú (PP)	8,2	10
Alianza para el Progreso (APP)	8,0	18
Partido Morado (PM)	7,7	9
Fuerza Popular (FP)	6,9	12
Unión por el Perú	6,9	17
Frente Amplio	6,1	12
Somos Perú	5,6	7
Juntos por el Perú	5,1	5

Wie allgemein erwartet, konnte die zentristische Traditionspartei Acción Popular stärkste Kraft werden. Zwar legte die nach einer langen Durststrecke erst 2016 wieder ins Parlament eingezogene AP im Vergleich zur letzten Wahl rund drei Prozent zu, blieb aber überraschend deutlich unter den Umfragewerten, die bis zu 18 Prozent für möglich gehalten hatten. Leicht unter den Erwartungen blieben auch die neue, liberal-progressive „Partido Morado“ sowie die vor allem im Norden starke ideologisch flexible APP, welche im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2016 einen Prozentpunkt einbüßte. Den zentristischen Block beschließt die gemäßigte, stark in der Kommunalpolitik verankerte Mitte-Rechts-Partei „Somos Perú“, welche im letzten Parlament nicht vertreten war. Insgesamt kommt dieser gemäßigte Block auf 31 von 130 Kongressmandaten, nur acht Stimmen von der absoluten Mehrheit entfernt.

Als die ersten Hochrechnungen auf den Bildschirmen flackerten, rieben sich viele insbesondere beim sensationellen zweiten Platz von FREPA die Augen. Diese ist der politische

Ableger einer skurrilen peruanischen Sekte, die andinen Korporativismus mit archaischen Bibelauslegungen vermischt und ihre im Jahr 2000 verstorbene Leitfigur Ezequiel Ataucusi als Messiasgestalt verehrt.³ Die Partei war durch eine starke Präsenz ihres Parteilogos, eines Fisches, im Straßenbild, einen diffusen Anti-Eliten-Diskurs und das ungewöhnliche Aussehen ihrer Kandidaten aufgefallen. Einiges deutet darauf hin, dass viele Wähler FREPA nicht aufgrund ihrer Programmatik gewählt haben, sondern aus Protest, weil sie den größten Gegensatz zur traditionellen Politik bildet. Mit Podemos Perú schnitt eine weitere populistische Kraft, angeführt von dem ehemaligen peruanischen Innenminister Daniel Urresti, erstaunlich stark ab. PP hat seine Hochburgen besonders in den armen Stadtvierteln Limas, in denen ihr Diskurs gegen die Eliten und die Kriminalität Unterstützung findet. Das mit insgesamt 43 Abgeordneten überraschend starke populistische Trio beschließt UPP, eine 1994 vom Ex-UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar gegründete Partei, die heute völlig sinn- und ideologieentleert als Sammelbecken aller möglichen merkwürdigen Persönlichkeiten fungiert. Vor allem machte UPP damit auf sich aufmerksam, dass sie den linksradikalen und im Gefängnis sitzenden Bruder von Ex-Präsident Ollanta Humala, Antauro Humala, auf den ersten Platz ihrer Parlamentsliste in Lima setzte. Vorhersehbarerweise wurde dieser jedoch von der Wahl ausgeschlossen. UPP hatte jedoch die beabsichtigte Öffentlichkeitswirksamkeit erreicht.

Während die „klassische“ politische Linke mit ihren beiden Fraktionen Frente Amplio und Juntos por el Perú⁴ im Vergleich zu 2016 leichte Verluste einfuhr, erhielt die politische Rechte vom Wähler eine schallende Ohrfeige. Überraschend deutlich wurde Fuerza Popular, die national-populistische Partei der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Keiko Fujimori, abgestraft. Statt der ehemals 36,3 Prozent und einer absoluten Mehrheit von 73 von 130 Sitzen landete FP mit 7,7 Prozent und 12 Mandaten auf einem demütigenden sechsten Rang. Sie bekam vom Wähler die Quittung für ihr konfrontatives und autoritäres Handeln in der letzten Legislaturperiode und für zahlreiche Korruptionsskandale. Die mit FP im letzten

Kongress alliierte APRA-Partei scheiterte an der 5-Prozent-Hürde. Die christdemokratische PPC schaffte es ebenfalls nicht ins Parlament, wenn auch sehr knapp.

Ende einer Ausnahmesituation

Mit der Neuwahl des Kongresses endet die viermonatige verfassungsrechtliche Ausnahmesituation der de-facto-Abwesenheit eines der Verfassungsorgane. Am 30. September hatte Präsident Martín Vizcarra den Kongress aufgelöst und Neuwahlen des Parlamentes angesetzt. Grund für diesen Schritt war laut Vizcarra der „faktische Entzug des Vertrauens“ durch den Kongress gegenüber dem Regierungskabinett im Zusammenhang mit der Neuwahl von Mitgliedern des Obersten Gerichtshofes⁵, eine Interpretation, die vom Verfassungsgericht mit knapper Mehrheit bestätigt wurde. Unabhängig vom Ausgang der Wahl ist deshalb allein die Vereidigung eines neuen Kongresses ein politischer Erfolg für Vizcarra und ein zumindest vorläufiges Ende seines sehr gewagten und verfassungsrechtlich durchaus umstrittenen politischen Manövers.

In vielerlei Hinsicht stellten die außerordentlichen Parlamentswahlen 2020 einen politischen und rechtlichen Ausnahmefall dar. So werden die neuen Abgeordneten nach peruanischer Gesetzeslage lediglich die verbleibende Zeit bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode im Amt sein – also bis Juli 2021, wenn Parlament und Präsident turnusgemäß neu gewählt werden müssen. Anschließend dürfen sie nicht wiedergewählt werden. Völlig neu im Vergleich zu vorherigen Parlamentswahlen war auch die Tatsache, dass diesmal parallel keine Präsidentschaftswahlen stattfanden. Traditionell schließen sich die peruanischen Parteien im Wahlkampf hinter den Spitzenkandidaten für das höchste Staatsamt zu Wahlbündnissen zusammen, und es ist vor allem das Abschneiden der Spitzenkandidaten, welches darüber entscheidet, wie viele Kongressmandate die Bündnisse erhalten. Diesmal traten insgesamt 21 Parteien einzeln und unter eigenem Logo bei der Wahl an.

Wenig Interesse am Wahlkampf

Diese ungewohnte Konstellation könnte ein Grund für das geringe Interesse der peruanischen Öffentlichkeit am Wahlkampf gewesen sein, welches sich letztlich im hohen Anteil der Enthaltungen und ungültigen Stimmen niederschlug. Insgesamt drei Fernsehdebatten, an denen von den Parteien designierte Parlamentskandidaten teilnahmen, waren vom Format her langatmig und führten nicht zu einer durchschlagenden Diskussion wichtiger Politikvorschläge. Inhaltlich verlief die Debatte eher auf niedrigerem Niveau, ohne dass es ein beherrschendes Thema gab. Einen gewissen Stoff für Diskussionen boten der Kampf gegen die Korruption, die Sicherheitslage im Land, die Diskussion um eine politische Reform sowie die im Land durchaus heftig geführte Auseinandersetzung um den Themenkomplex Sexualerziehung und „Gender-Mainstreaming“ im Schulunterricht.

Im Vergleich zu „normalen“ Präsidentschafts- und Parlamentswahlen oder auch zu Lokal- und Regionalwahlen war im Straßenbild vergleichsweise wenig Wahlwerbung zu sehen. Offenbar waren die Kandidaten nicht bereit, Unsummen für einen Wahlkampf auszugeben, der im besten Fall in einem Kurzzeit-Parlamentsmandat münden konnte. Auch der Zeitpunkt der Wahl kurz nach Weihnachten und mitten in der Haupturlaubszeit trug dazu bei, dass keine echte Wahlkampfstimmung aufkam.

Während die Organisation der Wahlen gewohnt reibungslos verlief, zeigten sich einmal mehr gravierende Schwierigkeiten der geltenden Regeln zur Kandidatenaufstellung und insbesondere auch deren Anwendung. So wurden zunächst 722 Kandidatinnen und Kandidaten landesweit von den Wahlen ausgeschlossen, also mehr als jeder fünfte.⁶ Hauptgrund für den Ausschluss waren oft minimal inexakte Angaben bei Vermögensverhältnissen und Einkünften. Das drakonisch angewendete peruanische Wahlgesetz sieht in solchen Fällen nur den Ausschluss vor. Gegen viele dieser Urteile wurde Berufung eingelegt, mit dem Resultat, dass viele

Kandidaten bis wenige Tage vor der Wahl nicht wussten, ob sie antreten durften oder nicht.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Da am 11. April 2021 mit den turnusgemäßen Präsidentschaftswahlen bereits die nächste komplette Neuwahl des peruanischen Kongresses ansteht, wird die politische Positionierung mit Hinblick auf dieses Ereignis ein wichtiges entscheidendes Charakteristikum der Arbeit des neu gewählten Kurzzeit-Kongresses bilden. Es wird erwartet, dass Daniel Urresti (PP), César Acuña (APP) und Julio Guzmán (PM) versuchen werden, ihre präsidentialen Ambitionen durch die Arbeit ihrer Fraktionen zu untermauern. Acción Popular hat das Problem, dass sie zwar als Partei recht gut abgeschnitten hat, gleichzeitig jedoch derzeit über keinen wirklich aussichtsreichen Bewerber für die Präsidentschaft verfügt. Für den beliebtesten AP-Politiker kommt die Wahl 2021 zu früh. Jorge Muñoz ist erst seit Anfang 2019 Bürgermeister von Lima und es gilt als sehr unwahrscheinlich, dass er als Kandidat in den Präsidentschaftswahlkampf eingreifen wird.

Hinsichtlich der Erwartungen an den neuen Kongress zeigten verschiedene Umfragen vor der Wahl insbesondere eins – die Bevölkerung wünscht sich von den neuen Kongressabgeordneten weniger gegenseitige Auseinandersetzung und mehr Willen zum Konsens als dies bei ihren enorm unbeliebten Vorgängern der Fall war.⁷ Das Ausscheiden besonders konfrontativer Personen aus dem Parlament, dessen ideologische Zersplitterung und die Schwäche von FP machen in dieser Hinsicht durchaus Hoffnung. Besonders wichtig wäre die Einigung auf ein transparentes Verfahren für die anstehende Neuwahl von sechs von sieben Mitgliedern des Verfassungsgerichtes.

Dennoch sollten die neuen Abgeordneten der Versuchung widerstehen, in 16 Monaten alle Probleme des Landes lösen zu wollen. Insbesondere in den sensiblen Bereichen der Reformen des politischen Systems und des Justizsystems sind gründliche Diskussionen notwendig, für die dem neuen Parlament

schlichtweg die Zeit fehlen wird. Die Zersplitterung der Fraktionen und die unklare Agenda mancher Gruppen werden parlamentarische Mehrheiten zusätzlich erschweren. Es ist deshalb besonders bitter, dass die neuen Parlamentarier aufgrund des von Präsident Vizcarra maßgeblich betriebenen Wiederwahlverbotes keinerlei Chance haben, die von ihnen angestoßenen Reformideen in einer „ordentlichen“ Legislaturperiode weiterzuverfolgen.

Gleichzeitig hat das neue Parlament insbesondere aber nicht nur durch die Präsenz von FREPAP ein ständiges Skurrilitäts- und Skandalpotenzial, welches die öffentliche Aufmerksamkeit von inhaltlichen Fragen auf Nebenkriegsschauplätze lenken wird. Dies wiederum könnte die nach den politischen Krisen der letzten Jahre ohnehin enorme Apathie im Volk gegenüber der Politik noch weiter verstärken.

Insbesondere durch die Schwächung seines wichtigsten Antagonisten, der Kongressfraktion von Fuerza Popular, geht Präsident Martín Vizcarra gestärkt aus dieser Wahl hervor. Es bleibt abzuwarten, ob der Präsident, dem die konfrontative Taktik gegenüber dem Kongress zu viel Zustimmung im Volk verholfen hat,⁸ den Hebel umlegen, aus dem bisherigen Konfrontationsmodus ausscheren und sich als Politikgestalter wird profilieren können.

Die Zusammenarbeit mit dem neuen Kongress dürfte für Vizcarra dabei alles andere als leicht werden. Die meisten Fraktionen können nicht in eine Dualität zwischen „regierungstreu“ oder „oppositionell“ eingepasst werden. Zudem werden sie vor allem und insbesondere im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl 2021 auch eigene Interessen verfolgen. Außerdem wird es in einem derart zersplitterten Parlament grundsätzlich schwierig sein, Mehrheiten zu organisieren. Trotzdem liegt insbesondere in einem offenen Dialog zwischen dem Präsidenten und dem gemäßigten Teil des Parlamentes eine Chance, die das Land nach mehr als drei politisch chaotischen Jahren ständiger politischer Blockade nicht verpassen sollte.

- 1 Jurado Nacional de Elecciones (JNE)
- 2 Dabei entspricht die Reihenfolge der Parteien bei den absoluten Wählerstimmen nicht der Reihenfolge hinsichtlich der Parlamentsmandate.
- 3 <https://elcomercio.pe/elecciones-2020/elecciones-2020-frepap-en-el-congreso-el-resurgir-parlamentario-del-partido-israelita-noticia/>. Zugriff am 26. Januar 2020.
- 4 Mit fortschreitender Auszählung wurde es immer unwahrscheinlicher, dass Juntos por el Perú den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen würde. Sollten die endgültigen Zahlen dies bestätigen, würden sich die fünf Mandate Berichten zufolge auf FREPAP, FP (2), PP und PM aufteilen.
- 5 Vgl. „Peru am Scheideweg“ – Länderbericht der KAS Peru vom 6. Oktober 2019. Abrufbar unter <https://www.kas.de/documents/252038/4520172/Peru+am+Scheideweg.pdf/e670f61b-35f2-6f48-e2b8-c23613a9c772?version=1.0&t=1570440587347>.
- 6 <https://rpp.pe/politica/congreso/jne-2-331-candidatos-participaran-en-las-elecciones-congresales-2020-noticia-1236793?ref=rpp>. Zugriff am 28. Januar 2020.
- 7 <https://elcomercio.pe/elecciones-2020/elecciones-2020-solo-el-28-de-ciudadanos-ya-decidio-su-voto-por-alguna-agrupacion-noticia/>. Zugriff am 28. Januar 2020.
- 8 Nach einer jüngsten Umfrage liegen die Zustimmungswerte Vizcarras bei 58 Prozent. <https://publimetro.pe/actualidad/martin-vizcarra-su-aprobacion-sube-a-58-a-dos-semanas-de-las-elecciones-2020-nndc-noticia/>. Zugriff am 27. Januar 2020.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Sebastian Grundberger
Auslandsmitarbeiter Peru
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de

Sebastian.Grundberger@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)